

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 29 (1988)  
**Heft:** 8

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## In Kürze

Für den polnischen Professor Tymowski macht die Unterscheidung zwischen einem «kapitalistischen Pluralismus» und einem «sozialistischen Pluralismus» so viel Sinn wie die Unterscheidung zwischen einer «kapitalistischen Mathematik» und einer «sozialistischen Mathematik».

(«Reporter», Warschau, Nr. 2/1988)

Eine bemerkenswerte Absage an die ideologiegerechte Dialektik. So weit geht man in den offiziellen Medien des Sowjetlagers selten, aber der pointierte Vergleich ist symptomatisch für das neue Denken im Osten. Tatsächlich gelten die überholten marxistischen Denkmuster heute nur noch im Westen als progressiv.

★

Interessant ist eine Reaktion der Moskauer «Literaturnaja gaseta» (Nr. 13/1988) auf den Katyn-Brief polnischer Intellektueller an ihre

sowjetischen Kollegen (siehe letzte Nummer). Das Interesse gilt dabei nicht der Tatsache, dass der Aufruf getadelt wird; schliesslich fordert er die Sowjets auf, die bisher geleugnete Schuld für ein Massaker an 15 000 Polen zuzugeben, ein «feindliches Ansinnen» nach allen herkömmlichen Kriterien. Da ist der Tadel nicht verwunderlich, um so verwunderlicher aber seine Begründung. Den polnischen Oppositionellen wird nämlich vorgeworfen, sie suchten eine schon geöffnete Türe zu öffnen, um von der Entwicklung der sowjetisch-polnischen Freundschaft zu profitieren. Natürlich ist das so falsch wie möglich, weil die Wahrheit über Katyn jahrzehntelang eine oppositionelle und von den Sowjets verbotene Forderung war, aber: der Vorwurf an die polnischen Intellektuellen impliziert das Eingeständnis, dass das Massaker tatsächlich 1940 von den Sowjets begangen wurde, und das ist eine Erstmaligkeit, zu der sich die amtliche sowjetische Geschichtsschreibung ja noch nicht aufgerafft hat.

Das Eingeständnis ist für den Fall festzuhalten, dass es (eventuell mitsamt der Perestrojka) zurückgenommen werden sollte. Auf jeden Fall muss man sich vor Augen halten, wie gewaltig das Thema ist, das die Auswechselbarkeit von nationalsozialistischen («hitlerfaschistischen») und sowjetsozialistischen Verbrechen mit einschliesst.

★

Weshalb entstehen in der Sowjetunion inoffizielle Organisationen? «Weil die Menschen mit den bestehenden Organisationen nicht zufrieden sind.» So Gorbatschow bei seiner jüngsten Rede in Taschkent («Prawda» usw., 10. 4. 1988). Grünes Licht auch für alternative Vereinigungen? Dann würde die Revolution von oben tatsächlich die Revolution von unten freigeben. Nun, soweit ist es wohl noch nicht, weder in der Praxis (siehe Karabach-Komitee) noch in der Theorie. Aber wo sind die Grenzen? Die Frage wird von den Perestrojka-Gegnern schon längst rhetorisch gestellt, doch ist sie wirklich so offen wie die Frage nach der unmittelbaren Zukunft des Sowjetsystems.

★

In den sowjetischen Bibliotheken will man die sogenannten Spezialfonds, das heisst die Sammlungen von verbotenen Büchern, graduell dem Publikum öffnen. Bis zum November dieses Jahres sollen 6000 Titel dem Normalbenutzer zugänglich gemacht werden. Ob das auch die Werke von exilierten Autoren betrifft, sei von Fall zu Fall zu prüfen. Allerdings kann die Liberalisierung nur mittels jener Exemplare durchgeführt werden, die übriggeblieben sind, und das sind «sehr wenige», weil man mancherorts ganze Bestände dieser Kategorie vernichtet hat. Für die Benutzung ausländischer Nachschlagewerke soll es in der Zukunft keine Einschränkung mehr geben. («Iswestija», 3. 4. 1988)

★

Es sagte Wladimir Markin, der abgewählte Präsident der nordrussischen Provinzstadt Korabino (es hatte zwei Kandidaten der gleichen, einen Partei gegeben): «Das ist die reinste Anarchie. Ich habe ja nichts gegen die Freiheit, aber man muss sich doch dagegen vorsehen, dass sie in schiere Willkür der Wähler ausartet.» («Moskowskije Nowosti», Moskau, 10. 4. 1988)

★

«Die Akademie der Wissenschaften in Moskau unterhält Institute für Afrika, für Lateinamerika, für die USA und Kanada. Aber komischerweise unterhält sie kein Institut für die verschiedenen Nationen der UdSSR. (...) Ferner: es gibt Vereine für Auslandstudenten (aus den kapitalistischen Ländern), aber es gibt keine Vereine für Studenten aus den Bruderländern. (...) Wir brauchen ein modernes Kon-

## Briefe

### Ändern die Sowjets ihre Militärdoktrin?

Dieser Frage geht Georg Bruderer im ZeitBild 7/88 anhand der in der Sowjetarmee heute üblichen personifizierten Darstellung des Gegners nach. Er kommt bei der als Test gewerteten Untersuchung wie erinnerlich zur Schlussfolgerung: «Wenn die sowjetische Militärdoktrin sich etwa so verändert hat wie das Feindbild» (nämlich gar nicht), «dann sollten, dürfen wir in unserer Einstellung nichts verändern.»

Interessant in diesem Zusammenhang ist ein Artikel, gezeichnet IAP und erschienen in der «Schweizerzeit» vom 26. 2. 1988, in welchem obige Frage von einer ganz anderen Warte her ebenfalls untersucht wird, heisst es doch darin unter anderem: «Als Hauptmerkmal der neuen Militärdoktrin (der Sowjetunion) wird die Beschränkung der Mittel auf reine Verteidigungszwecke hervorgehoben.»

Etwas weiter unten in diesem Artikel ist sodann zu lesen: «Allerdings ist bis zum heutigen Tag festzustellen, dass die verkündete «Beschränkung der Mittel» auf den Zweck der «gesicherten Verteidigung» nicht einmal in den kleinsten Ansätzen erkennbar ist... Sie (die Sowjets)

halten unverändert... ebenjenes Militärpotential bereit – und bauen es sogar noch weiter aus –, das bis vor kurzem der bisherigen Offensivstrategie gedient hat.»

Aber irgendwie müssten die Sowjets doch versuchen – obwohl Logik für sie immer dann belanglos ist, wenn sie ihnen nicht in den Kram passt –, ihre angeblich veränderte Militärdoktrin an den Mann zu bringen. Was hülfte sie sonst?

IAP hat die Lösung wohl gefunden, obwohl er sie (allzu?) bescheiden nur als mögliche Erklärung bezeichnet, wenn er schreibt: «Noch immer gilt die erklärte Absicht: Sollte ein Krieg ausbrechen..., so wird diese «Verteidigung» sofort auf das Territorium des Gegners vorgehoben und der Krieg hier – unter höchstmöglichem Schutz des eigenen Territoriums – auch ausgetragen... Die Fähigkeit hiezu ist das, was nun «gesicherte Verteidigung» genannt wird.»

Ergebnis: Der Test von Georg Bruderer ist, verglichen mit obigen Darlegungen, in seiner Tendenz durchaus gültig! HdC

zept für die Nationalitätenpolitik. Wenn man auf dem falschen Weg ist, nützt es nichts, das Gespann zu wechseln; man muss auf einen andern Weg wechseln.» («Iswestija», 28. 3. 1988)

★

«Die Armenier in Nagorno Karabach glauben weder an Moskau noch an das Zentralkomitee, weder an die Gerechtigkeit noch an das russische Volk; sie glauben an nichts.» («Tygodnik Powszechny», Krakau, 10. 3. 1988 nach einem Tass-Bericht)

★

In Polen hat das Regierungsamt für Medienfragen, der Presserat beim Ministerpräsidenten, in neun Punkten zum Traktandum von Informationspolitik und Pressekontrolle ausführlich Stellung genommen. Die Richtung zielt eindeutig auf Liberalisierung von Informationswesen und Meinungsbildung, ohne aber die Gewährung der Pressefreiheit anzustreben. Dass diese nicht in Aussicht genommen wird, zeigt das Festhalten am Begriff des «sozialistischen Pluralismus» (keine Äusserungsfreiheit für antisozialistische Kräfte und Auffassungen) sowie an der Institution der Zensur.

Die Haupttendenz zur Liberalisierung indessen zeigt sich an etlichen Stellen der Verlautbarung und besonders deutlich in Punkt 2. Dort verlangt der Presserat Informationen über unterschiedliche Standpunkte; der sozialistische Pluralismus solle «ausgedehnt» werden.

Punkt 8 befasst sich mit der Zensur und wertet es positiv, dass sie in den letzten Jahren seltener eingegriffen habe als zuvor. Die Zensoren seien besser auszubilden, und das Oberste Verwaltungsgericht (Appellationsinstanz gegen Zensurenentscheide) müsse seine Kontrollfunktion wahrnehmen. Etliche Punkte beschäftigen sich mit fachlich/technisch-materiellen Verbesserungen, aber auch diese können politische Auswirkungen haben. So bedeutet die geforderte raschere Ausgabe, Übermittlung und Veröffentlichung von Informationen mittelbar eine Erschwerung der Informationsunterdrückung durch bürokratische Instanzen.

Offen bleibt bei alledem die Frage, wo die Grenzen des «sozialistischen Pluralismus» liegen; das ist eine Entsprechung zum sowjetischen Rätsel bezüglich der Glasnost (Offenheit), die ebenfalls nicht Pressefreiheit bedeutet, aber doch im Gegensatz zur Vorschriftenunterrichtung steht.

Im Sowjetlager ist Polen auch in medienpolitischen Belangen ein Sonderfall insofern, als dort die Untergrundpresse eine starke Verbreitung hat. Sie zählt viele Mitarbeiter aus Forschung und Wissenschaft. Sie kann über Gebiete wie zum Beispiel Umweltthematik so fachkundig berichten, dass die offiziellen Medien gezwungen sind, diese nicht anerkannte Konkurrenz in Rechnung zu stellen. ■

# Wir machen die Medien transparent



Das  
Magazin  
für den  
Dialog  
mit den  
Medien

## MEDIEN & Publikum berichtet über:

**Presse, Hörfunk, Fernsehen –  
wie es hinter den Kulissen zugeht.**

**Kontrolle und Kritik –  
was das Publikum von den Medien erwartet.**

**Medien- und Meinungsmacher –  
wer sie sind, was sie wollen.**

**Konkurrenz und Kooperationen –  
wer mit wem auf dem Medienmarkt.**

**Politik und Perspektiven –  
über den Einfluß der Volksvertreter auf die  
Medienlandschaft.**

**Fordern Sie ein kostenloses Probeexemplar an bei:**

**Publicum Verlagsgesellschaft mbH  
Otto-Hahn-Straße 10  
7141 Benningen**

## Alltag drüben

### Schopenhauer

Wie in der Bundesrepublik Deutschland wurde in diesen Wochen auch in der DDR in mehreren Zeitungen und Zeitschriften an den Philosophen Arthur Schopenhauer (1788–1860) erinnert. Anlass war dessen 200. Geburtstag im Februar. Dabei wurde mehrfach für eine grössere Aufgeschlossenheit in der DDR gegenüber Schopenhauers Philosophie plädiert, insbesondere unter dem Aspekt ihrer Wirkung in vielen westlichen Staaten. In der in Ost-Berlin erscheinenden «Deutschen Zeitschrift für Philosophie» (Nr. 2/1988) schrieb Professor Eberhard Fromm von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Schopenhauer habe sich «einen festen Platz in der Geschichte der Philosophie erobert». Seine rein auf das individuelle Wohlergehen ausgerichtete Lehre sei allerdings Ausdruck eines noch heute zu beobachtenden «spätbürgerlichen» Den-

kens. Auf wirtschaftliche und soziale Entwicklungen habe Schopenhauer zwar auch reagiert und viele Anregungen gegeben, «aber nicht mit dem Ziel der Lösung oder Meisterung, sondern mit der Absicht, damit leben zu können». Da seine Philosophie bis heute einem verunsicherten Bürgertum «theoretische Hilfestellung» leiste, sei sie auch für den Marxismus-Leninismus von Interesse. Diese Philosophie sei, so Fromm weiter, «ein wenig resignativ, ein wenig pessimistisch, ja sogar fatalistisch – und doch stabil genug, um die eigene Welt noch bestimmen zu können, um sich fest zu etablieren in der schlechtesten aller Welten, die aber die einzige und daher eben die beste ist».

Unter diesem Gesichtspunkt sei «heute wieder ausgesprochene Schopenhauer-Zeit». Fromm regte eine «gründliche und aus heutiger Sicht

geführte» kritische Analyse zu Leben und Werk Schopenhauers aus marxistisch-leninistischer Sicht an. Dabei müsse es vor allem darum gehen, den «sich heute ausdehnenden und modifizierenden Pessimismus» gerade bei denen zu widerlegen, die «verantwortungsbewußt über die Gegenwart und die Zukunft der Menschheit nachdenken» – und das dann nicht durch «das Predigen eines flachen Pseudooptimismus», wie ihn heute oft konservative Theoretiker verbreiten, sondern durch das überzeugende Entwickeln eines weltanschaulich begründeten historischen Optimismus. Anders als Fromm bekräftigte in derselben Ausgabe der Zeitschrift der Philosophiehistoriker Arnold Schölzel von der Ostberliner Humboldt-Universität die bislang in der DDR übliche Zurückhaltung gegenüber Schopenhauer (die sich z. B. darin zeigt, daß bislang keines seiner Werke von einem DDR-Verlag herausgebracht wurde). Schopenhauer vernachlässige in seiner am «individuellen Wohlsein» orientierten Lehre soziale Zusammenhänge und gesellschaftliche Entwicklungen; sein Werk sei nur eine «individualistisch-egozentrische Anweisung zum Bewältigen des stets feindlichen gesellschaftlichen Zusammenhangs».

Deshalb rede Schopenhauer – wie Schölzel kritisiert – nicht gesellschaftlichem Einsatz das Wort, sondern dem Sichbescheiden und -zufriedengeben mit dem, was gegeben ist. sr

### Kirchenpolitik in der DDR

Unter der Überschrift «Der Sozialismus ist für alle da und braucht auch alle» veröffentlichte die von der SED herausgegebene (Ost-)«Berliner Zeitung» ein Interview «Zum Zusammenwirken von Marxisten und Gläubigen in der DDR». Gesprächspartner der Zeitung waren Professor Rolf Leonhardt, Forschungsbereichsleiter an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim SED-Zentralkomitee, und der dort gleichfalls tätige Dozent Dr. Joachim Heise.

Beide SED-Wissenschaftler wandten sich gegen Vermutungen «bürgerlicher Ideologen», das Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR sei durch «taktische Erwägungen der SED» geprägt, wonach «Taufwetterperioden» von «Perioden des Frostes» abgelöst würden und umgekehrt. Dieses «Gerede» sei «eine grobe Verzerrung und Verfälschung unserer Politik». Der Zweck solcher Postulate sei «einfach zu durchsichtig», mit ihnen solle «ein Keil zwischen Staat und Kirche getrieben werden». Leonhardt verwies auf das Gespräch zwischen Honecker und Repräsentanten des Bundes der Evangelischen Kirchen.

In dieser Begegnung vom 6. März 1978 ging es um das «Miteinander von Marxisten und Gläubigen». In der DDR habe die Trennung von Staat und Kirche die «Grundlage für ein

vernünftiges Miteinander» geschaffen. Leonhardt: «Das war ein beiderseitiges Lernen, und manche Vorbehalte waren aus dem Weg zu räumen.

Missverständnisse blieben nicht aus. Schliesslich galt es in einem deutschen Staat, wo erstmals die Werktätigen die Macht ausübten und die Kirchenvertreter zum grossen Teil in der Tradition des bürgerlichen Staatsgedankens standen, bei strikter Trennung von Staat und Kirche ein Verhältnis zu finden.»

Heise erinnerte daran, dass früher «in den Kirchen oft ein reaktionärer Geist, antisozialistisches und antikommunistisches Denken» vorgeherrscht hätten; auf der anderen Seite haben diese historischen Erfahrungen manchen Kommunisten gegenüber der Kirche «misstrauisch» gemacht, liessen sie zum Teil religiös mit reaktionär, veraltet, überholt gleichsetzen. Mit diesen «erklärbaren, aber dennoch sektiererischen Auffassungen» habe sich die Partei auseinandersetzen und auch auf viele andere Fragen «völlig neuartige Antworten finden müssen»; denn sie habe «als erste und bisher einzige marxistisch-leninistische Partei vor der Aufgabe» gestanden, den «Sozialismus im Mutterland des Protestantismus zum Sieg zu führen». Ausdrücklich betonte Leonhardt, dass die

DDR nicht für sich in Anspruch nehme, «ein atheistischer Staat zu sein», denn «bei uns sind auch Gläubige an der Machtausübung beteiligt – von der Gemeindevertretung bis hin zum Staatsrat». Selbstverständlich «verzichten wir nicht darauf, den Marxismus-Leninismus als wissenschaftliche Weltanschauung zu verbreiten. Wenn es hin und wieder vorkommt, dass gläubige Mitbürger auf Vorbehalte stossen, nur weil sie konfessionell gebunden sind, widerspricht dies der Politik der SED und unseres Staates».

Zwei Wochen vor Erscheinen dieses Interviews hatte die Leitung des evangelischen Kirchenbundes in der DDR «betroffen» auf eine Entscheidung der DDR-Regierung damit reagiert, in Aussicht gestellte Sachgespräche, vor allem über Wehrdienst- und Bildungsprobleme, mit der Kirche vorerst nicht zu führen. Die Kirchenleitung erklärte dazu, sie sehe darin «einen Widerspruch zu der in den letzten Jahren praktizierten Kirchenpolitik». Nach einer Meldung des Evangelischen Pressedienstes aus Berlin (West) war die Gesprächsbereitschaft von staatlicher Seite dem Kirchenbundvorsitzenden, Landesbischof Werner Leicht, durch den DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, avisiert und von der Bundessynode begrüsst worden. sr